

Frage 04: Welche Maßnahmen werden Sie im Bereich der europäischen Energiepolitik, Handelspolitik und Fiskalpolitik setzen/unterstützen, um einer Zerstörung der biologischen Lebensgrundlagen und weltweiter Armut zu begegnen?

ÖVP

Als Volkspartei setzen wir uns sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene für leistbare Energie ein, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken. Es bedarf einer Reform des EU-Energiemarktes und neuer Regelungen bei den Strompreiszonen, um die Energiepreise, insbesondere für die Industrie und KMU, zu senken. Die Bundesregierung verfolgt eine Zukunftsstrategie für 2040, die den Umweltschutz fördert, jedoch nicht zulasten der Unternehmer geht. Wir engagieren uns für eine Deeskalation internationaler Handelskonflikte und den Schutz hoher europäischer Sozial- und Umweltstandards in Handelsabkommen. In der Fiskalpolitik streben wir einen ausgeglichenen Haushalt an, der Armutsbekämpfung und klimapolitische Ziele fördert. Österreich bekennt sich zum Pariser Klimaabkommen und zum Schutz der biologischen Lebensgrundlagen.

SPÖ

Wir erleben eine Gefährdung unserer Lebensgrundlagen in historischem Ausmaß und müssen daher jetzt die notwendigen Weichenstellungen vornehmen, damit die Klimakrise nicht zu einer größeren sozialen Krise wird. Das gelingt mit einer sozial ausgerichteten Transformation unserer Wirtschaft und der Bereitstellung klimafreundlicher Infrastruktur in allen Lebensbereichen. Wenn die Energiepreise verrücktspielen, muss in den Markt eingegriffen werden. Übergewinne von Energiekonzernen müssen abgeschöpft werden, damit wir die Menschen entlasten können. Energiepreise müssen sich an den Herstellungskosten orientieren und dürfen nicht von Finanzmärkten abhängen. Die Maxime der SPÖ ist, dass Grundbedürfnisse wie Wohnen, Lebensmittel und Energie immer für alle Menschen leistbar sein müssen.

Vor mehr als zehn Jahren sind viele Länder der Eurozone in die Rezession geschlittert. Auslöser dafür waren unter anderem überaus strenge Fiskalregeln. Diese sind nun reformiert worden, jedoch nach wie vor zu restriktiv. Die SPÖ tritt für eine sogenannte Goldene Investitionsregel ein, die notwendige öffentliche Zukunftsinvestitionen nicht nur zulässt, sondern fördert.

Unsere heimischen Unternehmen befinden sich in Konkurrenz zu internationalen Großkonzernen, die oft keine Steuern zahlen und sich nicht an unsere Gesetze halten. Jede Art von Schlupflöchern muss daher beseitigt und unfaire Handelspraktiken untersagt werden.

FPÖ

Ein zentraler Hebel dafür ist aus Sicht der FPÖ die Rückkehr zu nationaler Souveränität und Kompetenz in diesen Bereichen. Armutsbekämpfung und der Erhalt unserer Natur kann nicht in Brüssel von anonymen Bürokraten und Lobbyisten geregelt und entschieden werden, sondern muss Aufgabe nationaler Regierungen in Abstimmung mit den Bürgern sein. Wollen wir Armut eindämmen und unsere Lebensgrundlagen erhalten, muss man sich auch die Frage stellen, wie viel Migration und Einwanderung ein kleines Land wie Österreich verträgt,

ohne dass unser Sozialsystem und das gesellschaftliche Gefüge auseinanderzubrechen droht. Die Antwort für uns muss daher lauten „Remigration“ statt „Renaturierung“.

GRÜNE

Wir stehen für saubere und nachhaltige Energie, fairen Handel und eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik der EU. Damit tragen wir zur Sicherung von Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen bei. Deshalb wollen wir den vollständigen Umstieg von Öl und Gas auf saubere Energie in der EU bis 2040 zu 100 Prozent schaffen. Dieser Umstieg macht uns bei der Energieversorgung unabhängiger, ist gut fürs Börserl weil er die Energiepreise günstiger macht und er ist gut fürs Klima. In der Handelspolitik setzen wir uns für kurze und faire Lieferketten ein. Diese sichern die Versorgung mit gesunden und leistbaren Lebensmitteln und Importgütern. Auch bei Handelsabkommen müssen volle Transparenz und faire Standards her, um einheimische kleine bäuerliche Betriebe zu entlasten, die auf Nachhaltigkeit und Bio-Qualität setzen. In der Fiskalpolitik steht für uns fest, dass wir nicht in jenen Bereichen sparen dürfen, wo es um wichtige Zukunftsinvestitionen geht. Da geht es etwa um Sozialleistungen, Gesundheit, Pflege und natürlich um den Klimaschutz

NEOS

Wir unterstützen eine Reihe von Maßnahmen auf EU-Ebene, die genau dieses Ziel verfolgen. Dazu gehört, dass in neuen Freihandelsabkommen ökologische und soziale Standards eine zentrale Rolle spielen. In Europa ist es wichtig, dass CO₂ einen Preis bekommt und Verschmutzung damit teurer wird, gleichzeitig aber auch Importe aus anderen Ländern mit einem CO₂-Preis versehen werden. In einer europäischen Energieunion müssen Netze ausgebaut werden, sodass wir alle von erneuerbaren Energieproduktion profitieren, etwa wenn im Norden Europas gerade der Wind weht und im Süden Europas die Sonne scheint.

KPÖ

Papst Franciscus schrieb 2015 in der Enzyklika Laudato Si (LS 82): „Wenn die Natur einzig als Gegenstand des Profits und der Interessen gesehen wird, hat das auch ernste Folgen in der Gesellschaft. Die Sichtweise, welche die Willkür des Stärksten unterstützt, hat für die Mehrheit der Menschheit zu unermesslich viel Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Gewalt geführt, denn die Ressourcen gehen dann in den Besitz dessen über, der zuerst ankommt oder der mächtiger ist: Der Sieger nimmt alles mit.“

Auch wir konstatieren diesen Zusammenhang von durch den Profit gesteuerter Naturzerstörung und der Armut in der Welt.

Wie der Papst an anderer Stelle sagt, sind die enormen Gewinne der Rüstungsindustrie auf dem Hintergrund der weltweiten Armut eine Schande. Bereits mit einem Teil der 2.400 Milliarden Dollar, die jährlich für Rüstung ausgegeben werden, ließen sich Hunger, Trinkwassermangel und medizinische Unterversorgung ein für alle Mal beenden. Wir treten daher auch für eine Beendigung der Kriege in der Ukraine und in Gaza ein. Nur in einer friedlichen Welt kann die ökologische Transformation und die Herstellung weltweiter sozialer Gerechtigkeit gelingen. (Zur globalen Solidarität siehe Antwort 6)

Um das in Paris vereinbarte Klima-Ziel zu erreichen, fordern wir, die Emissionen bis 2030, statt auf 55% auf 65% zu reduzieren und die Frist zur Erreichung der Klimaneutralität der EU, statt mit 2050 mit 2035 festzusetzen. Dabei können wir uns nicht auf das spontane Wirken

des Marktes verlassen. Weder sind die Finanzmärkte bereit, die notwendigen Investitionssummen bereitzustellen, noch können private Profitkalküle einen sozial gerechten und planmäßigen Übergang garantieren. Der Schlüssel zum Gelingen der ökologischen Transformation liegt in der sozialen Gerechtigkeit. Die erforderlichen Investitionen sollen durch die Besteuerung der Besitzer großer Vermögen, die mit ihrem Lebensstil (Yachten und Privatjets) überproportional zur Zerstörung der Umwelt beitragen, und die aus ökologisch zerstörerischen Industrien gigantische Gewinne geschöpft haben, finanziert werden. Dazu müssen auch die Steuerparadiese innerhalb und außerhalb der EU geschlossen werden. Güter und Dienstleistungen, die alle für das Leben brauchen, Wasser, Entsorgung, Energieproduktion und -verteilung und öffentlicher Verkehr müssen als Gemeinschaftsgüter der Gesellschaft in öffentlichem Eigentum demokratisch verwaltet werden.